Nach dem Nationalratswahlkampfe

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-329953

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nach dem Nationalratswahlkampfe.

Von *Ernst Reinhard.*

Rein äußerlich hat die Partei im Wahlkampf nicht schlecht abgeschnitten. Blieb auch der erhoffte Mandatzuwachs aus (wir rechneten im besten Falle mit einem absoluten Mandatgewinn von vier Mandaten), so hat sich doch die Stimmenzahl der Partei stark gehoben. Eine Zusammenstellung des «Volksrechts» ergibt folgenden Stimmengewinn:

Luzern (von 4004 auf 5534)	+ 1500
Genf (von 6200 auf 9500)	+ 3300
Zürich (von 41,000 auf 49,000)	+ 8000
Neuenburg (von 9213 auf 10,275)	+ 1000
Zug (von 2600 auf 2900)	+ 300
St. Gallen (von 10,900 auf 13,100)	+ 2200
Aargau (von 18,500 auf 20,500)	+ 2000
Solothurn (von 8036 auf 9294)	+ 1200
Bern (von 43,400 auf 47,000)	+ 3600
Graubünden (von 2500 auf 3000)	+ 500
Freiburg (von 1800 auf 2250)	+ 400
Tessin (von 2700 auf 3300)	+ 600
Thurgau (von 5600 auf 6900)	+ 1400
Wallis	+ 1600

Das macht zusammen einen Gewinn von 28,000 Mann, eine Anhängerschaft von 223,000 Mann in der Schweiz und einen Fortschritt von 50,000 Stimmenden in den letzten sechs Jahren.

Diesem Gewinn stehen kleinere Verluste in Basel und Schwyz gegenüber; doch darf darauf aufmerksam gemacht werden, daß in Basel, verglichen mit den Wahlergebnissen bei den Großratswahlen und den Wahlen in die Verwaltungsbehörden des A. C. V., die Partei den kommunistischen Vormarsch aufgehalten, ihre Stellung selbst verbessert und gehalten hat, so daß damit gerechnet werden kann, daß bei gleicher systematischer Arbeit, wie sie diesmal, unter Mithilfe aller Organisationen, gezeigt wurde, die Partei den in den letzten Jahren verlorenen Boden wiederum zurückgewinnen werde. Die Kommunisten spielen in der schweizerischen Politik keine Rolle mehr; ihre zwei Mann sind in der Bundesversammlung, auf sich allein angewiesen, zu einer Statistenrolle verurteilt; die Sozialdemokratische Partei ist *die* schweizerische Arbeiterpartei; je eher das die Kommunisten einsehen und daraus die Konsequenzen ziehen, um so besser für sie.

Die Partei ist aber auch der bisher stärksten bürgerlichen Partei, der freisinnigen, in der Stimmenzahl hart auf den

Fersen*; nur wenige hundert, im besten Falle (für den Gegner) einige tausend Stimmen ist sie noch hinter den Freisinnigen zurückgeblieben; allerdings ist diese Partei, dank der Listenverbindung und der weitern Tatsache, daß sie in einigen Kantonen Mandate mit einem Quorum erreichen konnte, das für uns an andern Orten zweimal so hoch ist, der unsern noch um acht Mandate überlegen. Wir stehen aber in manchen Kantonen direkt vor der Türe des Mandatgewinns; wird so weiter gearbeitet, wird noch besser gearbeitet als bis dahin, dann wird in den drei Jahren der Umschwung sich vollzogen haben, der unsere Partei zu der stärksten in der Schweiz, an Wählerzahl und an Mandaten, erhebt. Die Viertelmillion Wähler in der nächsten Wahl zu überschreiten, muß unser nächstes Ziel sein. Wir haben von den Arbeitermassen, die politisch mit uns marschieren müßten, noch lange nicht die Hälfte, wohl nur ein Drittel, mobilisiert; ein Rekrutierungsfeld von ungeheurer Ausdehnung liegt immer noch brach; es muß unter den Pflug der Agitation genommen werden.

Aber: Es muß besser gearbeitet werden. Trotz all dem Elan, trotz der begeisterten, direkt rührenden Hingabe, mit der alle unsere Parteigenossen arbeiteten, trotz der kaum glaublichen Aufopferung, die unsere Vertrauensleute bei ihrer nimmermüden Agitationsarbeit zeigten, kann die Tatsache nicht verschwiegen werden, daß wir nur in der Agitationsarbeit in der Offensive, im Ideengehalt des Wahlkampfes aber in der Defensive geblieben sind.

Die beiden Broschüren des katholischen und des evangelischen Bürgertums standen nach dieser Richtung ganz anders da. Die Broschüre des Prof. Beck war in ihrer Aufmachung, in ihren Einzelheiten eine ungeheure Dummheit und eine fast lächerliche Gemeinheit; aber sie bewies einen Angriffsgeist in ideeller Natur, den wir uns nicht verhehlen dürfen. Weil sie gemein war, nützte sie uns; weil sie der Wahrheit ins Gesicht schlug, diente sie uns. Sie ermöglichte es, daß unsere Presse in den letzten Tagen eigentlich fast nur aus dem Kampfe gegen sie ihre Nahrung bezog; aber das Schlagwort, das sie geschickt aufgriff: «Wird der Sozi die Schweiz regieren?» stand im Mittelpunkte des Kampfes und schrieb uns die Marschroute vor. Früher waren es unsere Forderungen, die zur Diskussion standen und zu denen sich das Bürgertum äußern mußte, Forderungen, die erzieherisch wirkten und zur Folge hatten, daß unsere Wahlkämpfe nie ein Kampf um Sitze, sondern um die Idee des Sozialismus und die Forderungen der Sozialdemokratie wurden. Wir haben in solchen Kämpfen weniger Mitläufer ge-

* Die andere Zahlen ergebende Zusammenstellung des Eidgenössischen Statistischen Amtes weist uns sogar die Rolle der stärksten Partei zu; sie läßt aber die Kantone mit stiller Wahl weg und bringt daher nicht schlüssige Zahlen.

wonnen, aber Sozialisten herangebildet; und das ist weitaus mehr als die unablässige Arbeit um einiger Mandate willen.

Sicherlich haben uns die Ereignisse der letzten Jahre allzusehr gezwungen, zu den Vorschlägen des Gegners Stellung zu nehmen und sie entweder zu bekämpfen oder ihnen mit halbem Herzen zuzustimmen. Der letzte große Kampf um eine Forderung der Sozialdemokraten ging um die Frage des Getreidemonopols; es muß immer wiederum darauf hingewiesen werden, daß die verworfene Vorlage auf Anträge zurückging, welche die Sozialdemokraten in Kandersteg eingebracht hatten, und daß die bürgerlichen Anhänger des Monopols, nur um das Gesicht zu wahren, einen andern Text vorschlugen, der mit andern Worten das gleiche sagte, wie der sozialdemokratische Vorschlag. Seither aber haben wir uns mit den Vorschlägen von Musy zu befassen gehabt; wir stehen hier, allerdings notgedrungen, in der Defensive.

Doch bietet auch die Frage der Altersversicherung ein ähnliches Bild. Die Schultheßsche Vorlage ist nach jeder Hinsicht ungenügend, muß es sein, weil die Finanzmittel fehlen. Wir haben die Idee der direkten Kapitalsbesteuerung in verschiedener Form verfochten und uns dann, als das mißlang, notgedrungen wiederum mit der indirekten Steuerbelastung der breiten Schichten einverstanden erklären müssen. Die Tabaksteuer ist unter Dach, eine Zigarettensteuer soll sie ergänzen; die Alkoholbelastung aber wird heute in einer Form versucht, welche schwerste Bedenken erwecken muß. Seitdem die Abstinenten in Zürich mit den Bauern jenen verhängnisvollen Kompromiß geschlossen haben, der den Brennern gewaltige Bundessubventionen auf Kosten der Versicherten zubilligt, fehlt der Mut, die Alkoholbesteuerung in dieser Form offen anzugreifen, sie als unannehmbar zu erklären und wiederum zur alten Form der direkten Kapitalsbelastung zurückzukehren. Die Abstinenten haben nie begriffen, wie sehr sie einer durchgreifenden Bekämpfung des Alkoholismus geschadet haben, als sie nicht alles anwendeten, den Bund zu verhindern, die Finanzierung der Versicherung in einer Revision der Alkoholgesetzgebung zu erreichen, welche den Bund direkt am finanziellen Ertrag des Alkoholmonopols und damit am Schnapsgenuß interessiert. Es wäre richtige Abstinenzpolitik gewesen, wenn die Abstinenzorganisationen mit aller Wucht für die Initiative Rothenberger eingestanden wären; nur damit hätten sie verhindern können, daß nun die Bekämpfung der Schnapspest durch die finanziellen Absichten des Bundes illusorisch gemacht wird. Der Bund als größter Schnapshändler kann nicht Alkoholgegner sein; das wäre die einfachste politische Erkenntnis gewesen, die man den Abstinenten hätte zumuten dürfen. Trotzdem aber von dieser Seite bewiesen wurde, wie unpolitisch und wie kurzsichtig man denkt, hat das Abkommen von Zürich direkt

lähmend gewirkt, weil man es mit einer «ideal» gesinnten Richtung innerhalb des Volkes nicht verderben will. Und doch gibt es heute für die Sozialdemokratie keine andere Möglichkeit, als die strikte Ablehnung des vom Ständerat beschlossenen Entwurfs und als die Rückkehr zur alten Formel der direkten Kapitalsbelastung zugunsten der Altersversicherung. Die von Nobs angeregte und treffend verfochtene Uebergewinnsteuer drängt sich heute geradezu auf, dies um so mehr, als mit ruhiger Sicherheit behauptet werden kann, daß die Musysche Schnapsvorlage überhaupt keine Möglichkeit hat, im Volke angenommen zu werden, selbst wenn wiederum alle Parteien sich für sie einsetzen sollten. Ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratische Partei nicht das mindeste Interesse daran hat, sich in eine Niederlage zugunsten Musys verstricken zu lassen, wie 1923, so muß heute darauf hingewiesen werden, daß der einzig mögliche und der einzig gerechte Weg zur Aufbringung der Mittel für die Sozialversicherung über die Uebergewinnsteuer führt.

Wir haben dasselbe Bild einer gewissen Resignation fast überall. Der Parteitag hatte in einer schönen und gerechten Regung sich für das Frauenstimmrecht eingesetzt; die Fraktion hat aus formellen Gründen darauf verzichtet, den bindend erteilten Auftrag auszuführen. Hier wiederum waren es Erwägungen, die sich auf allzu große Vorsicht stützten; man fürchtete, unmittelbar vor den Wahlen durch die Einreichung einer entsprechenden Motion jedenfalls nichts zu gewinnen; wurde das auch nicht ausgesprochen, so spielte es doch in den Untergründen mit.

Aber — um es paradox zu sagen — die Partei muß den Mut aufbringen, unpopulär zu sein, wenn sie populär werden will. Beim konservativen Sinn des Schweizervolkes stößt jede neue Forderung zunächst auf unbedingte Ablehnung; es braucht immer einen Kampf, um die Berechtigung eines neuen Postulates nachzuweisen.

Man muß dem Volke genau beweisen können, wie man es meint. Und da ist nun einmal zu sagen, daß der bisherige Weg parlamentarischer Arbeit kaum mehr genügt. Es ist nicht genug an der Einbringung von Motionen, Postulaten und Interpellationen, deren es heute ohnehin eine ganze Flut gibt; all das geht einfach unter, und wenn es vorkommt, wie in den letzten Jahren, daß das Bürgertum die Begründung der wichtigsten Motionen in seinen Presseberichten einfach unterschlägt, dann erfährt der Bürger überhaupt nicht, warum man so etwas vorgeschlagen hat. Wir müssen dazu übergehen können, fertig ausgearbeitete Gesetzesentwürfe einzureichen, die genau erklären, was wir wollen, und die einem Gegner nicht gestatten, über eine Motion mit ein paar Worten direkt das Gegenteil von dem zu sagen, was sie überhaupt will. Was wir brauchen, sind weniger Motionen, als ausgearbeitete Entwürfe, die den Gegner

notgedrungen zur Diskussion zwingen. Gerade mit der Forderung einer Uebergewinnsteuer zugunsten der Alters- und Hinterbliebenenversicherung kann der Anfang gemacht werden. Andere müssen folgen.

Sowohl die englische Arbeiterpartei als die Independent Labour-Party haben für den kommenden englischen Wahlkampf besondere Programme ausgearbeitet; sie unterscheiden sich materiell nicht unwesentlich voneinander; formell aber haben sie das eine gemein, daß sie sich nicht mit der Abfassung von Resolutionen begnügen, sondern praktische, sehr handgreifliche Vorschläge machen, die davon zeugen, wie gut man ein Problem in allen seinen Einzelheiten ausgearbeitet hat. Das zwingt zur Stellungnahme, verrät Offensivgeist und Selbstvertrauen, und gerade das haben wir nötig. Unsere Arbeit der nächsten Jahre muß von dem Bestreben getragen sein, wenige Probleme anzupacken, die aber gründlich durchzuarbeiten, in Gesetzesentwürfen niederzulegen und damit den Beweis unserer sozialistischen Arbeit zu erbringen. Der Parteivorstand sollte sich über ein solches Programm schlüssig werden; er sollte unbedingt dazu gelangen, die hier vertretenen Forderungen nach jeder Seite hin zu diskutieren.

Wir werden dieser Rationalisierung der Arbeit um so weniger entbehren können, als die Partei in eine ganz neue Epoche hineinwächst. Aus einer verspöttelten und verlachten Gruppe, die man kaum als Sekte ernst nahm, sind wir zu einer Massenpartei geworden, vor welcher der Gegner mehr als Respekt, vielleicht sogar eigentliche Furcht hat. Der Sozialismus ist, dank des Emporwachsens der Partei, zum eigentlichen Tagesproblem geworden; um ihn sammeln sich die Geister, gegen ihn ballt sich der Block der Gegner zusammen. Der linksfreisinnige Flügel spielt nur noch an Wahltagen als Reklamesache eine gewisse Rolle; nach den Wahlen diktieren heute wie gestern und morgen wie heute die unbeirrten Rechtsfreisinnigen, die sich um alle Grundsätze nicht kümmern, wenn es nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie gilt. Der Traum des Linksblocks ist verblichen; aber der Rechtsblock wird eine Wirklichkeit. Musys Wirken bei der Bundesratswahl zeigt so gut wie seine ganze Arbeit in der Politik, daß es seine Absicht ist, den konservativen Einfluß mit Hilfe der Bauern und der Rechtsfreisinnigen zu stärken und aus ihnen jenen Rocher de bronce zu formen, an dem sich der sozialistische Ansturm brechen soll. Der Freisinn herrscht längst nicht mehr; je stärker aber seine Ideenlosigkeit hervortritt, um so mehr gerät sein angstbewegtes Heer unter den Einfluß der starren, von der antisozialistischen Idee geleiteten konservativen Bewegung, die, wir sagen es offen, einzig noch Autorität, Wille und Organisation mit sich bringt. Dieser Block hat nicht nur die Bankkonti zu fast unbeschränkter Verfügung, ihm dienen nicht nur einige hundert Zeitungen und

ein Dutzend Korrespondenzbureaus und Agenturen — er hat die unschätzbare Macht der katholischen Priesterschaft, die eine ungeheure Beeinflussung ausübt, zu seiner Verfügung, sie, die in allen Dörfern und Städten Tag für Tag nichts anderes tun kann, als die Bevölkerung zugunsten des antisozialistischen Blocks zu beeinflussen, eines Blocks, der in seiner ganzen Ideenrichtung, in seiner Liebäugelei mit dem Korporationenstaat, in seiner Zurückstellung der Industrie hinter die letzten Bedürfnisse der Landwirtschaft (man lese Laurs Eloge auf Mussolini, ein Loblied, das nichts Erstaunliches und Unerwartetes, sondern nur etwas ungemein Konsequentes an sich hat!) die offene Sympathie mit dem Faschismus kaum verhehlt! Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß die Zeiten vorüber sind, wo wir Kämpfe gewissermaßen aus dem Handgelenk führen konnten, sondern daß die kommenden, ungemein schweren, manchmal auch tragischen Kämpfe von uns die Hergabe aller Kraft, aber auch eine äußerst sorgfältige Vorbereitung und eine gewissenhafte und nichts übersehende Anlage verlangen. Planmäßigkeit muß an Stelle der Improvisation treten, Voraussicht und leitender Wille an die Stelle einer fast vergnüglichen Improvisation, die hier und da — niemand möge mir das Wort übelnehmen — mit einer gemütlichen Schlamperei doch eine gewisse Verwandtschaft hatte!

Aber nebst dem wird es unbedingt notwendig werden, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften intensiver zu gestalten. Sie können sich nicht darüber täuschen, daß die ganze Bewegung der um Musy gruppierten Reaktion letzten Endes die Gewerkschaften stärker trifft, als die Partei, die viel beweglicher ist, um einem ihr zugedachten Streich auszuweichen und dem Gegner unverhofft in die Parade zu fahren. All die Hirtenbriefe, welche die Bischöfe erlassen haben, richten sich gegen die Gewerkschaften; kein katholischer Arbeiter soll ihnen angehören sollen. Sie werden sich gegen den Angriff mit Macht zur Wehre zu setzen haben; aber der beste Angriff wird der sein, daß sie selbst zum Angriff übergehen.

Die Gewerkschaften haben durch das Organ der neuen wissenschaftlichen Abteilung des Gewerkschaftsbundes in den letzten Tagen immer wieder auf die zunehmende Konzentration des Kapitals hingewiesen; diese Arbeit ist sehr verdienstvoll und hat der ganzen Bewegung unzweifelhaft gutes Verteidigungs- und Abwehrmaterial geliefert. Aber im praktischen Verhalten der Gewerkschaften fehlen die Konsequenzen. Nie scheint es mir notwendiger als gerade jetzt, daß man eine große und wohlvorbereitete Bewegung zugunsten der Demokratisierung der Wirtschaft einleite, sei es, indem man sich für die Schaffung eines Betriebsrätesystems nach unsern eigenen Bedürfnissen einsetzt, sei es, indem man in der Revision des Obligationenrechts das Mitsprache- und Kontrollrecht der Ar-

beiterschaft gesetzlich festlegt. Aber nachdrücklich sei betont, daß es falsch wäre, nun mit einer solchen Idee wie aus der Kanone geschossen durch irgendeine Motion das Parlament zu beunruhigen; wenn irgend etwas getan werden soll, dann muß man sich die Konsequenzen bis ins Letzte hinaus überdenken; und das wird am besten geschehen, indem man die entsprechenden Gesetzesentwürfe genau ausarbeitet und sie als unsere scharf umrissenen Forderungen dem Parlamente und dem Volke unterbreitet. Wir brauchen eine solche minutiöse Vorbereitung nicht nur um der andern, sondern auch um unserer selbst willen!

Freilich werden wir uns nie verhehlen dürfen, daß in der Schweiz eine solche Politik vermehrter intensiver Arbeit ruft. Unser Parteisekretariat scheint mir nicht so eingerichtet zu sein, daß es sie leisten könnte; die Organisation ist derart, daß ungeheuer viel Zeit verlorengeht in der alltäglichen Keinarbeit, während für die geistige Vorbereitung des Kampfes nur wenig getan werden kann. Eine Vermehrung der Arbeitskräfte auf dem Sekretariat ist aber kaum möglich; die Mittel dürften kaum aufgebracht werden. Unter solchen Umständen bleibt nichts anderes übrig als die Belastung der einzelnen Parteigenossen mit Spezialarbeiten. Wer immer fähig ist, wird von der Partei herangezogen werden müssen; es darf nicht alles nur auf wenigen Schultern, und seien diese noch so stark, ruhen; nirgends so wie hier muß es sich erweisen, daß die Arbeit der Zukunft Kollektivarbeit wird.

Sollte aber die Erfahrung zeigen — und ich befürchte stark, daß sie es tun wird —, daß auf solchem Wege nicht vorwärts zu kommen ist, dann wird die Partei entschlossen auch die Konsequenzen ziehen müssen. Es wird sich möglicherweise bald zeigen, daß die Uebertragung wichtiger Arbeiten an Parteigenossen, die ohnehin mit Arbeit überlastet sind, wiederum jenes Moment der Unsicherheit, der Zufälligkeit und der Improvisation in die Arbeit hineinträgt, das gerade vermieden werden sollte. Wir dürfen uns nicht trösten, daß es bis dahin so gegangen sei und auch weiter so gehen werde. Nein, es wird eben zukünftig nicht mehr weiter so gehen, weil wir unter gründlich veränderten Bedingungen zu schaffen haben. Die alte Arbeitsmethode mag in den fast gemütlichen Zeiten ganz recht und gut gewesen sein, die wir nun hinter uns haben; was die verschärften Kämpfe der Zukunft aber anbetrifft, so gestatten sie uns jenes Gottvertrauen einfach nicht mehr, das Gotteskinder und Nichtgotteskinder in der Partei bis dahin in holder Eintracht ausgezeichnet hat. Dann muß die Partei eben ihr Sekretariat ausbauen. Es ist vielleicht ganz gut, daß die Partei heute durch eine Kommission untersuchen lassen will, wie die Geschäftsleitung zukünftig bestellt werden müsse; aber diese Kommission würde meines Erachtens einen schweren Fehler begehen, wenn

sie nur diese Frage behandeln, an der viel wichtigern aber vorbeigehen wollte, wie das hauptsächlichste Arbeitsorgan der Partei, eben das Parteisekretariat, ausgebaut werden könne, so daß es wirklich den Anforderungen der Zukunft entspricht. Das scheint mir viel wichtiger zu sein, als die im Grunde doch rein formale Frage nach dem Vorortssystem oder der dezentralisierten Geschäftsleitung. Das Sekretariat arbeitsfähig zu machen, vor allem aber das Verantwortungsgefühl, mehr noch, den Verantwortungswillen, ja die Verantwortungslust in den Parteigenossen zu stärken, das ist unbedingte Notwendigkeit. Wir kommen ohne das Gefühl gesteigerter Verantwortlichkeit kaum weiter; wir müssen dazu gelangen, daß dem einzelnen größere Lasten aufgebürdert werden können, aber daß er sie auch zu tragen gewillt ist, weil er weiß, daß man ihm vertraut und daß er seine Verantwortung auf sich nehmen darf. Nirgends gilt das gerade so wie in der obersten Leitung der Partei und ihrem eigentlichen Arbeitsapparat.

Nach dieser Seite hin hat der Wahlkampf aber Erscheinungen gezeigt, die hinderlich wirken müssen. Die Partei kommt ohne den frischen Draufgängergeist und den Mut, unpopuläre Forderungen zu verfechten, einfach nicht vorwärts. Sie braucht Leute, die sich einen blauen Teufel darum kümmern, ob sie sich mit ihrer Stellungnahme zu irgendeinem Problem Feinde schaffen oder nicht. Sobald *die* Gesinnung im Parlament, unter der Parlamentsfraktion und in der ganzen Partei aufkommt, daß man sich bei jeder Tat, die man tun muß und die getan werden muß, weil die Partei, ihr Programm und ihr Interesse es verlangen, zuerst fragt: Nütze oder schade ich mir damit bei den nächsten Neuwahlen? — sobald man diese Denkart großzieht, ist die Partei selbst in höchster Gefahr. Die Demokratie, aber auch die sozialistische, verfault innerlich und geht rettungslos zugrunde, wenn eine Sache, die nun einmal notwendig ist, nur getan oder gelassen wird, wenn man überzeugt ist, sich keine Feinde zu schaffen. Nichts wird für eine Kampfpartei so gefährlich, nichts verfälscht ihren Charakter so sehr, zerstört ihren Geist, wie die Leisetreterei. Aber die letzten Wahlen waren gerade ein herrliches Beispiel der Erziehung zum Leisetreten. Man sehe sich die Ergebnisse ein wenig näher an. In Bern steht Grimm an dritter Stelle der Kumulierten*; ohne die

* Ich gestehe ohne falsche Scham, daß ich in der Abfassung dieser Betrachtung sehr gehindert war, weil mein eigener Fall hineinspielte. Ich habe ihn bestmöglich auszuschalten gesucht, nicht weil ich die Kritik der Gegner fürchte, sondern weil ich der Meinung bin, daß es nicht darauf ankommt, wo man den Feind schlage, sondern daß man ihn schlage. Das Parlament ist schließlich nur ein Stück des Kampffeldes, und manchmal nicht einmal das wichtigste; so kämpfe ich eben anderswo mit unverminderten Kräften. Was aber die Meinung im Auslande über dieses Thema anbetrifft, so genügt es, die Wiener «Arbeiterzeitung» vom 3. November zu

Kumulation wäre er wirklich auf der Strecke geblieben, der Parteisekretär Bütikofer, der Metallarbeitersekretär Bucher nicht wieder gewählt, der «Tagwacht»-Redakteur Vogel an drittletzter Stelle der ganzen, 31 Namen tragenden Liste; in Zürich Nobs wiederum zuletzt, ohne Kumulation wäre auch er nicht wiedergewählt! Im Aargau mit Artur Schmid genau die gleiche Sache! Dafür regieren kleine Gruppen, die sogar noch außerhalb der Partei stehen, in die Parteiliste hinein und schreiben der Partei ihre Gewählten vor. Eine solche Sachlage ist grotesk. Sie muß auf die Dauer zu einer innern Erschütterung der Partei führen; je eher die Partei sich darauf besinnt, daß *sie* es schließlich sein muß, welche die Vertreter der Partei in den Räten bestimmt, um so heilsamer wird das sein. Parlamentswahlen sind für uns immer eine Zeit der sozialistischen Erziehung gewesen. So wie wir aber den Wähler aus einem Mitläufer zum überzeugten Sozialisten und Kämpfer für unsere Sache erziehen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß innerhalb der Fraktion nicht der Kampfgeist einer vorsichtigen Diplomatie des Populärseinwollens weicht.

Lehren der Saffa.

Von Frau Dr. *M. Huber*, St. Gallen.

Die Wahlen haben das allgemeine Interesse so in Anspruch genommen, daß alles, was nicht mit ihnen in Zusammenhang stand, als Nebensächliches gar nicht mehr behandelt wurde. So erging es auch der Saffa. Erledigt ist sie dadurch keineswegs. Auch für uns nicht. Im Gegenteil, wir haben in mancher Hinsicht Grund, auf sie zurückzukommen und aus ihr verschiedene Schlüsse und Lehren für uns zu ziehen. Es ist aber nicht meine Aufgabe, auf Einzelheiten einzugehen, und viel weniger, etwa zu nörgeln, daß nicht überall und nicht alles gleich wertvoll war, daß dieses oder jenes enttäuscht hat. Ich will viel eher die Saffa als Ganzes noch einmal betrachten, das auch für uns Wertvolle an ihrer Arbeit hervorheben und untersuchen, inwiefern sie

---

zitieren, die folgendes schreibt: «Für die Arbeiterschaft ist die Folge (unseres Wahlsystems, E. R.), daß ihre Vertreter im Parlament nicht von der Parteigenossenschaft, sondern von der indifferenten, unter bürgerlichem Einfluß stehenden Mitläuferschaft bestimmt werden. Besonders kraß kam dies bei den letzten Wahlen zum Ausdruck, bei denen es den Bürgerlichen, dank dieser «Demokratie», gelungen ist, den Führer der Sozialdemokraten, der ihnen wegen seiner unbeirrbar konsequenten sozialistischen Politik besonders unbequem war, durch eine Hetze, die sich nicht gegen die Partei, sondern gegen den Mann richtete, aus dem Parlament auszuschalten. Was bei uns selbstverständlich und notwendig ist, daß der Parteiführer zugleich Parlamentarier ist, bleibt der Schweizer Partei versagt.»